„Polens Platz in Europa"

Dokumentation einer Vortragsveranstaltung

am 22. August 2000

im Hessischen Landtag, Wiesbaden

Hessischer Landtag
- BIBLIOTHEK -
Vereinnahmt im
Bestandsbuch 01 103
IDENT: 25220

Inhalt | Seite

Begrüßungsansprache
des Präsidenten des Hessischen Landtags
Klaus Peter Möller 5

Vortrag
des Gesandten der Polnischen Botschaft
Dr. Krzysztof Miszczak 7

Biografische Hinweise 31

Polens Wirtschaftsdaten 1999 33

POLENS PLATZ IN EUROPA

Klaus Peter Möller

Präsident
des Hessischen Landtags

Seit über 1000 Jahren ist die Geschichte der Polen und der Deutschen eine gemeinsame Geschichte. Natürlich, wer könnte es leugnen: All zu oft gab es Konfrontationen und kriegerische Auseinandersetzungen. Die gemeinsame Geschichte ist aber auch geprägt von erfolgreichen Phasen freundschaftlicher Zusammenarbeit und friedlicher Annäherung. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Stadt Danzig, wo Polen und Deutsche über Jahrhunderte eine für alle Gewinn bringende Nachbarschaft praktiziert haben. Von Danzig gingen auch die Impulse der Gewerkschaft Solidarnosc aus, die einen Demokratisierungsprozess in Gang setzten, der nicht nur in Polen, sondern auch im gesamten damaligen Ostblock für weit reichende Veränderungen sorgte. Es geschah vor 20 Jahren, als am 14 August die Arbeiter der Lenin-Werft die Wiedereinstellung einer entlassenen Kranführerin und eines Elektrikers forderten. Der Name des Elektrikers war Lech Walesa. Damals ahnte noch niemand, dass die polnischen Arbeiter Geschichte schreiben würden. Knapp drei Wochen später, am 31. August 1980, wurde das „Danziger Abkommen" unterzeichnet. Der 18 Tage währende Streik hatte Polen grundlegend verändert. Und nicht nur Polen, sondern, wie wir heute wissen, die damalige Sowjetunion und schließlich ganz Europa.

Die Deutsche Wiedervereinigung in der Folge des Zusammenbruchs der kommunistischen Alleinherrschaft in der ehemaligen Sowjetunion, war in besonderem Maße an das Verhältnis von Deutschland und Polen

gebunden, das über Jahrzehnte durch die offene Grenzfrage belastet worden war. Erst mit der vertraglichen Bestätigung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze wurde der Weg für eine Annäherung der beiden Staaten geebnet.

Aus Nachbarn werden Freunde. "Freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen stehen noch am Anfang und erfordern die Bereitschaft der Menschen beider Länder, über die eigenen Grenzen hinauszusehen. Je häufiger und intensiver dies gelingt, desto eher werden aus Abgrenzungen Schnittpunkte auf dem Weg in eine gemeinsame, friedliche Zukunft." - so hieß es im Vorwort zur Ausschreibung des von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Hessischen Landtag veranstalteten Schülerwettbewerbs "Osteuropa" 1996. Auch der heutige Abend ist wieder ein solcher Schnittpunkt, der Polen und Deutsche näher bringt und die Freundschaft zwischen unseren Ländern fördert.

Der Anstoß zu diesem Abend kam von Ihnen, Herr Dr. Miszczak, und ich darf mich bei dieser Gelegenheit noch einmal dafür bedanken. Bei unserem Gespräch im Hessischen Landtag im Januar dieses Jahres haben Sie sich spontan bereit erklärt, einen Vortrag über die Rolle Polens in Europa zu halten, und Sie haben angeregt, eine Ausstellung über Ihr Land im Hessischen Landtag zu präsentieren. Ich habe diese Angebote sehr gern angenommen und freue mich, dass wir beides realisieren konnten. Die Ausstellung werden wir am 22. November eröffnen.

Herr Dr. Miszczak, Sie sind ein ausgewiesener Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen und ein Experte in Fragen der europäischen, euro-atlantischen und asiatischen Außen- und Sicherheitspolitik. Als Leiter der Außenstelle in Köln der Botschaft der Republik Polen begleiten Sie den Weg Polens in die Europäische Union. Polen hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: 2003 soll der Beitritt zur Europäischen Union erfolgen. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Land auf diesem in vielen Bereichen sehr schwierigen Weg allen Erfolg. In Anlehnung an den Titel Ihres nun folgenden Vortrags, und ohne Ihnen etwas vorwegnehmen zu wollen, denke ich, sind wir uns in einem Punkt einig: Polens formaler Beitritt zur Europäischen Union ist zwar noch nicht erfolgt, seinen festen Platz in Europa hat Polen aber schon heute und nicht erst seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern seit unvordenklichen Zeiten. Herr Dr. Miszczak, wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Dr. Krzysztof Miszczak

Gesandter
Polnische Botschaft
Leiter der Außenstelle in Köln

Konrad Adenauer sagte am 16. Februar 1967: "Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig-schöpferische Völkergemeinschaft. Auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken. Zu Europa gehören auch Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muss die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden. Europa muss groß sein und muss Kraft haben." So weit Adenauer.

Die Idee eines vereinten Europa entstand aus der Überlegung ihrer Väter und Begründer Schuman, Monnet, Adenauer, de Gasperi, die politischen, kulturellen, menschlichen Interessen der einzelnen europäischen Nationen durch Dialog und gemeinsames wirtschaftliches Wirken so miteinander zu verflechten, dass kein Konflikt mehr ausbrechen würde.

Man appellierte dabei an das Solidaritätsgefühl der Gemeinschaftsstaaten. Beide Komponenten, die Interessenverflechtung und die Solidarität, sollten daran erinnern, dass der Prozess der Integration einen politischen Charakter und die Erschaffung eines neuen Wertes zum Ziel hat, eines bisher in der europäischen Geschichte nicht vorhandenen Wertes: der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit des Kontinents.

Die mühselige Integration Westeuropas und des heutigen Gesamt-Europa war aber auch eine Antwort auf die mörderischen Bürgerkriege, die Europa an den Rand des Abgrunds geführt hatten.

Ich glaube, in diesem Saal gibt es keinen Zweifel daran, dass Polen in Europa lag und liegt. Die große polnische Geschichte belegt dies in eindrucksvoller Weise. Bis ins 18. Jahrhundert hinein bewahrte sich Polen den Status einer Großmacht auf dem europäischen Kontinent.

Es kamen allerdings auch innenpolitische Krisen, die den Staat bis auf die Fundamente erschütterten.

Ungeachtet dessen wurde am 3. Mai 1791 die zweite moderne demokratische Verfassung in der Welt - also nach der Vereinigten Staaten und die Erste überhaupt in Europa - von beiden Kammern des polnischen Parlaments verabschiedet, um Polen aus eigener Kraft zu retten.

Polen verwirklichte damals, auf die polnische Situation zugeschnitten und in demokratischer Weise rechtlich abgesichert, die Idee eines vereinigten und im neuzeitlichen Sinne toleranten Vielvölkerstaates in der Mitte Europas.

Die demokratische Sanierung und Gesundung des Staates nahm ihren Anfang im feindlichen Umfeld der drei Teilungsmächte Preußen, Rußland und Österreich, d.h. in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Teilung des Staates.

Durch die Intervention Russlands und die dritte Teilung Polens (1795) wurde der polnische Staat von den drei genannten Nachbarn aufgelöst und das demokratische Werk der Polen abgeschafft.

Es begann eine 123 Jahre dauernde Fremdherrschaft. Wir konnten unsere Staatlichkeit zunächst 1918 wiedererlangen. Im September 1939, nach dem beinahe gleichzeitig erfolgten Überfall NS-Deutschlands von Westen und der Sowjetunion von Osten, verloren wir unsere Souveränität erneut.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bekamen wir abermals fremde, diesmal russische Besatzung. Erst 1989, nach dem Sturz des totalitären kommunistischen Regimes, haben wir unsere Souveränität wiedergewonnen.

* * *

Polen (Res Publika Polonorum) war und ist ein christliches Land, ein Land, in dem die Prinzipien der Demokratie, der Selbstbestimmung der menschlichen Gemeinschaften, der Anerkennung der Gleichheit nicht im Dienste der Macht stehen, sondern über die Macht entscheiden sollen.

Gerade in diesen Tagen im August begehen wir den zwanzigsten Jahrestag der Entstehung der ersten freien Gewerkschaft im ehemaligen Ostblock, der "Solidarność".

Die polnische "Solidarność" der Jahre 1980-1981, hervorgegangen aus den Protesten der Arbeiter, wurde zum Wahrzeichen des Erwachens geknechteter Völker und der Organisation des antitotalitären Widerstandes.

Gerade Polens Platz in Europa und die Vision des demokratischen Europa haben "Solidarność" ermutigt, und das jetzige Europa verdankt "Solidarnosc" die Möglichkeit seiner Vereinigung.

Während der Unterdrückung der "Solidarność" haben uns spontan Bürger dieses Landes - das heißt unsere deutschen Freunde - sehr viel geholfen. Ich nenne stellvertretend für alle anderen den langjährigen Bundeskanzler dieses Landes, Helmut Kohl, und den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes.

Aber ohne die visionäre Ostpolitik Willy Brandts und seines Nachfolgers Helmut Schmidt, d.h. ohne die Politik der vertraglichen Regelung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn, könnte man sich den Versöhnungsprozess zwischen Polen und Deutschen nicht vorstellen.

55 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, der Europa gemäß dem Willen der Alliierten die Jalta-Ordnung und somit die Trennung in den demokratischen Westen und den kommunistischen Osten brachte, 10 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch dieser Jalta-Ordnung - was nicht ohne Polens Zutun geschah - sind wir, Polen, Deutsche und Europäer, dabei, trotz einer langen gemeinsamen Geschichte, eine neue Nachbarschaft zu suchen und sie gemeinsam aufzubauen.

Denn wir sind neue Nachbarn, obwohl wir alte Nachbarn sind. Polen grenzte vor der Wende des Jahres 1989 an drei Staaten: die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik.

Heute gibt es keinen dieser Staaten mehr. Polen grenzt nunmehr an sieben neue Staaten: im Norden an Russland (Oblast Kaliningrad), im Osten an Litauen, an Weißrussland, an die Ukraine, im Süden an die Slowakei, an die Tschechische Republik und an das vereinigte Deutschland, mit dem uns die längste Grenze verbindet.

Wenn man den Platz Polens in Europa beschreibt, kommt man nicht umhin, die Beziehungen meines Landes zu unserem westlichen Nachbarn zu definieren.

Was Polen und Deutsche in erster Linie für die gemeinsame Zukunft in Europa verbindet, ist nicht nur die deutsch-polnische Nachbarschaft; es geht ja weniger um die geografische als um eine geistige Nachbarschaft, die, an staatspolitischen Ereignissen gemessen, eintausend Jahre alt ist; denn im Jahre 1000 trafen sich in Gnesen der junge deutsche Kaiser Otto III. und der Piastenfürst Boleslaw der Tapfere (Chrobry).

In diesem Jahr haben wir, Polen und Deutsche, gemeinsam diese 1000 Jahre unserer gegenseitigen Beziehungen gefeiert. Zeitlich betrachtet waren diese Beziehungen zum größten Teil friedlich!

Das, was unsere Beziehungen dramatisch belastete und heute aber glücklicherweise nur noch ein Teil der Geschichte ist, wurde durch die Teilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts auf preußische Initiative hin eingeleitet und durch die Bismarcksche Germanisierungspolitik fortgesetzt.

Nur wenigen Deutschen ist die Parole des Kanzlers Bismarck bekannt, die auf die Notwendigkeit hinweist, das Polentum auszurotten.

In keiner Weise mit den Ereignissen des 18. und des 19. Jahrhunderts zu vergleichen sind die Tragödie des von Nazideutschland heraufbeschworenen Zweiten Weltkrieges und seine Auswirkungen für Europa: die

planmäßige Auslöschung von Millionen von Menschen, die totale Verwüstung und schließlich die Verschiebung von Grenzen - was für Millionen von Menschen den Verlust ihrer Heimat bedeutete, darunter auch für Polen und Deutsche. Obwohl die Zahl der direkt vom Zweiten Weltkrieg Betroffenen zurückgeht, ist dieses Unrecht im gesellschaftlichen Bewusstsein auf beiden Seiten vorhanden, und nur behutsam und langsam beginnt man, auch darüber miteinander zu sprechen.

Der nach Kriegsende begonnene, langwierige und schmerzliche Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung hatte seine symbolischen Momente. Es waren dies

- der Brief der polnischen Bischöfe von 1965 an ihre deutschen Brüder, in dem sie vergaben und um Vergebung baten,
- der Kniefall des deutschen Bundeskanzlers Brandt vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau 1970,
- die Versöhnungsgeste zwischen Bundeskanzler Kohl und dem ersten nicht kommunistischen polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki in Kreisau 1989,
- die Rede von Bundespräsident Herzog 1994 zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands,
- die Rede des polnischen Außenministers Bartoszewski 1995 vor dem Bundestag 50 Jahre nach Kriegsende sowie
- das symbolische Treffen des deutschen Präsidenten Rau mit dem polnischen Präsidenten Kwasniewski in diesem Jahr an der Oder-Neiße-Brücke.

In der Zwischenzeit ist auch ein demokratisch fundiertes Gerüst deutsch-polnischer Verträge im europäischen Geist errichtet worden, dessen Kernstück der Vertrag über die Bestätigung der Grenze vom 14.11.1990 und der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.06.1991 bilden.

Am 12. März 1999 wurde Polen Vollmitglied der NATO. Nicht zuletzt verdanken wir dies dem Einsatz und der Unterstützung der politischen Klasse Deutschlands.

Zum ersten Mal in der Geschichte der beiden Länder geht die Sicherheitspolitik Deutschlands und Polens von einem deckungsgleichen Sicherheitsbegriff aus.

Das grundlegende strategische Ziel der Sicherheitsdoktrinen beider Länder ist die Schaffung einer dauerhaften und vor allem einer gerechten Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent.

Wir Polen sind auch Deutschen begegnet, die Polen positiv assoziieren: mit Chopin und Penderecki, mit dem ungebrochenen, sprichwörtlich gewordenen Freiheitswillen der Polen, der 1848 in Deutschland zu einer wahren "Polenbegeisterung" führte und in "Polenliedern" seinen Niederschlag fand. Doch diese Deutschen gehören leider noch zu einer Minderheit.

Die meisten denken beim Stichwort "Polen" vielleicht nicht einmal an "polnische Wirtschaft", und wenn doch, dann weniger an das

Wachstumstempo. Man denkt eher an "Polenwitze", auch an die Staus an der Grenze, die allerdings ein Beweis dafür sind, dass sowohl die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen als auch zwischenmenschliche Kontakte einen Aufschwung erleben.

Man vergisst oft in Europa, dass Polen der abendländischen Kulturtradition nicht nur von Anfang an verbunden war, sondern dass wir diese Tradition mitgestaltet und mitgeprägt haben. 20 Jahre, nachdem Johann Gutenberg das erste Exemplar der Bibel in Mainz 1456 gedruckt hatte, wurde in Krakau die erste polnische Druckerei in Betrieb genommen.

Die älteste polnische Universität in Krakau wurde 1364 gegründet und ist damit älter als die heutzutage älteste deutsche Universität in Heidelberg.

Europäische Bürger, die nach Polen reisen, stellen oft empirisch fest, dass es eigentlich keine so großen Unterschiede gibt. Die Differenzen mögen den Wohlstand betreffen, aber wir leben nicht sehr viel anders: Unsere

Küche ist ähnlich, wir lesen in etwa die gleichen Bücher und Zeitungen, hören die gleiche Musik.

Das ist ebenso wichtig wie das BIP pro Kopf und die Inflationsraten. Aber die Geschichte zieht immer in unseren Köpfen Grenzen. Doch diese Grenzen sind nicht unüberwindbar.

Beide Teile Europas stehen nun tatsächlich nicht mehr gegeneinander. Doch hört man immer wieder, es gebe noch kein Miteinander, höchstens ein Nebeneinander. Dies gilt auch für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Wir müssen die falschen Bilder voneinander abwerfen, die Vorstellungen voneinander revidieren und die Vorurteile durch gegenseitiges Kennenlernen abbauen. Und ich sage in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren, dies muss vor allem auf der deutschen Seite passieren. Bis dato lassen breite Schichten der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland die innere Bereitschaft vermissen, eine aufrichtige Debatte über eine neue Qualität der Beziehungen zum polnischen Nachbarn zu führen. Ich rede nicht über die politische Klasse.

Man versucht im Gegenteil, unter dem Deckmantel der eigentlich positiven Prozesse zur Integration Polens in die europäischen Strukturen, eigene Forderungen und Anspruchspositionen an die Adresse Warschaus aufzubauen.

Seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 ist in jedem der Lebensbereiche, die der Vertrag berücksichtigt, mehr bewirkt worden als in den Jahrzehnten davor.

Der Vertrag hat aber lediglich einen Rahmen geschaffen. Für Politiker und einfache Bürger galt es, diesen Rahmen mit Inhalt und Leben zu erfüllen, was auch getan wurde - mit unterschiedlichem Erfolg und Tempo, je nach Aufgabenbereich, manchmal gegen den Strom, manchmal ohne Erfolg.

Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag muss weiterhin durch vertiefte politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit unserer Völker gefüllt werden. Da gibt es noch manche Defizite.

Die Artikel 20 bis 22 des Vertrages halten fest, dass die polnische Gruppe in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen das Recht haben, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln.

Die Vertragsparteien haben sich verpflichtet, diese Rechte, die in Deutschland auch im Grundgesetz verankert sind, zu schützen und ihre Wahrnehmung zu gewährleisten.

Seit geraumer Zeit wird in Deutschland verstärkt ins Bewusstsein gerufen, dass es eine beträchtliche Anzahl von deutschen Staatsbürgern gibt, die polnischer Abstammung sind oder sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen.

Bei der Wahrnehmung dieser nationalen Gruppe gibt es aber in der deutschen Öffentlichkeit und in vielen Institutionen und Ämtern einen großen Nachholbedarf.

Wer kann sich schon ein zutreffendes Bild davon machen, wie viele hunderttausend deutsche Staatsbürger, die ein besonderes Bewusstsein ihrer polnischen Wurzeln besitzen, mit zur wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes tagtäglich beitragen?

Eine enge politische Zusammenarbeit beider Staaten ist Tatsache geworden. Die politische Zusammenarbeit verläuft bilateral und multilateral im Rahmen des sog. Weimarer Dreiecks oder des strukturellen Dialogs der mit der EU assoziierten Staaten.

Es gibt informelle, freundschaftliche Begegnungen mit Politikern des gesamten politischen Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland.

Fortgesetzt und erweitert wird die Zusammenarbeit von Polizei und Grenzschutz.

Einen Aufschwung ihrer Entwicklung erfahren Handel, deutsche Investitionen in Polen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, eine in Europa beispiellose Zusammenarbeit in den Grenzgebieten, den Euroregionen, die über die Grenzen der Union hinausgehen. Polen ist Deutschlands wichtigster Handelspartner unter den MOE-Staaten, bedeutender sogar als Russland oder China. Für Polen ist Deutschland der wichtigste Handelspartner überhaupt.

An dieser Stelle möchte ich mich für die sich dynamisch entwickelnde Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und der polnischen Wojewodschaft Großpolen - Wielkopolska - mit Nachdruck bedanken.

Mein Dank gilt vor allem der hessischen Regierung und allen Parlamentariern des Hessischen Landtags. Die Projektpalette der Zusammenarbeit ist imponierend und erstreckt sich auf Gebiete der Politik, Kultur, Wirtschaft und auf Städtepartnerschaften. Ohne die aktive Unterstützung und das Engagement der Hessen wäre auch die heutige Veranstaltung mit Sicherheit nicht zu Stande gekommen.

Das Jugendwerk fördert den Jugendaustausch in einem bislang kaum gekannten Maße. 80.000 junge Menschen nahmen am deutsch-polnischen Jugendaustausch teil. Viel, viel zu wenig. Der Austausch zwischen Deutschland und Frankreich betrug immerhin 450.000, man muss aber bedenken, dass diese Kontakte eine viel längere Tradition haben. Der Jugendaustausch gehört zu den wichtigsten Aufgaben in der positiven Entwicklung der gemeinsamen Beziehungen. Diese Institution muss eine stabile und langfristige Finanzierung erhalten. Die derzeitig dem Jugendwerk zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind ungenügend.

Der Deutschunterricht hat in Polen Hochsaison. Die Popularität der deutschen Sprache holt die der englischen ein. Leider kann man nicht von einer Popularität der polnischen Sprache in Deutschland sprechen.

Zum Teil gibt es objektive Gründe dafür, die mit der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen entfallen werden, zum Teil sind es noch die alten Vorurteile und Klischees.

Unerlässlich ist es auch, eine positive Änderung des Polen-Bildes in den Medien der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. Besonders in Ostdeutschland.

Psychologie und Vertrauen sind für eine positiven Entwicklung der gemeinsamen Beziehungen von besonderer Bedeutung, da die bilateralen Beziehungen oft von Emotionen begleitet werden. Das Negative muss nun endgültig überwunden werden.

Polnische und deutsche Streitkräfte arbeiten sehr eng bei der Regelung des Kosovo-Konflikts zusammen. Zum ersten Mal in der Geschichte der beiden Völker stehen wir in einer Situation, die es uns erlaubt, die Zukunft des europäischen Kontinents sicherheitspolitisch gemeinsam zu gestalten.

Dies ist nicht zuletzt auch deswegen so, weil die deutsche wie auch die polnische Sicherheitspolitik vom gleichen Grundsatz ausgehen und Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Friedenspolitik in und um Europa aktiv übernehmen wollen.

Dies gilt auch für die aktive Rolle des NATO-Mitglieds Polen hinsichtlich geregelter Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn.

Bei der Neugestaltung Europas, beim Ausbau der europäischen Integration muss sich Berlin dessen bewusst sein, dass Deutschland eine immer größere Verantwortung tragen wird.

Die neue Republik soll auch weiterhin der Hauptvertreter der Interessen der mitteleuropäischen Länder, besonders der Interessen Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik bleiben.

Trotz der Schreckenserinnerungen haben sich die Demokraten in Polen für die Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt. Jetzt erwartet man von Deutschland eine schnelle und nicht nur verbale Vermittlung zu Gunsten der völligen Zugehörigkeit zu Europa.

Wie ihre Vorgängerin unterstützt auch die "rot-grüne" Regierungskoalition in der Bundesrepublik Deutschland Polen hinsichtlich der Osterweiterung der EU. Und dafür sind wir dankbar.

Dies bedeutet auch eine Fortführung der Bonner Außenpolitik durch die "Berliner Republik". Diese wird aktiv fortgesetzt auf dem Gebiet der trilateralen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Polen und Frankreich in Gestalt des bereits erwähnten sog. Weimarer Dreiecks. Der gegenwärtigen Regierungskoalition verdanken wir die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage.

Polen hofft, die Verhandlungen für den Beitritt zur Europäischen Union bis zum Ende des Jahres 2003 abschließen zu können.

Anschließend bleibt genug Zeit für den Ratifizierungsprozess, bevor der Beitritt vollzogen wird. Wir werden mit Gewissheit bis 2003 auf die Integrierung mit der EU vorbereitet sein.

Die Realisierung dieses Zeitplans hängt allerdings nicht nur vom Verhandlungsverlauf und dem Wohlwollen der bisherigen EU-Mitglieder, sondern auch und gerade vom Fortgang des Reformprozesses in Polen selbst ab.

Polen hat bereits mit der Reform des Gesundheitswesens, der Rentenversicherung und des Bildungssystems sowie mit der Dezentralisierung des Verwaltungsaufbaus wichtige Projekte auf den Weg gebracht.

Es gibt aber auch Defizite. Das gilt insbesondere für die ineffiziente Verwaltung auf allen Ebenen, Mängel im Umweltschutz, Rückstände beim Ausbau des Transport- und Telekommunikationsbereichs, für den Nachholbedarf bei Zoll und Grenzschutz, die Schwierigkeiten bei der Anpassung von Zertifizierungsverfahren sowie von Normen und Standardisierungsvorschriften.

Hinzu kommt die Restrukturierung des Hüttenwesens und des Bergbaus. Probleme ergeben sich auch in einigen anderen Bereichen. Zu nennen sind

hier der riesige, weitgehend ineffektive Agrarsektor, der Umweltschutz, sowie die Freizügigkeit für Arbeitnehmer.

Unsere Landwirtschaft muss sich wandeln. Aber die EU-Agrarpolitik ist nicht wegen der polnischen Bauern teuer. Diesen Bereich muss Brüssel ohnehin dringend reformieren, unabhängig davon, ob wir jetzt oder später der EU beitreten werden.

Wir sind für einen baldigen Beitritt, da er für unsere Gesellschaft eine enorme politische Signalwirkung hätte. Die EU-Zugehörigkeit bietet nicht nur einen sicheren Rahmen für Investoren, vor allem motiviert sie die Bevölkerung.

Unter den Beitrittskriterien für die Staaten Ostmitteleuropas wird ein die Union selbst betreffendes Kriterium genannt, und zwar die Fähigkeit und die Bereitschaft der Union, neue Mitglieder aufzunehmen.

Diese wiederum hängt allerdings auch mit der Reform der Unionsinstitutionen und deren Prozeduren zusammen. Bisher wurde die Union viermal erweitert, ohne dass grundlegende Änderungen der Institutionen und ihrer Prozeduren vorgenommen worden wären.

Die Institutionen der Union können schon heute nicht mehr die an sie gestellten Erwartungen erfüllen, und die Integration hat eine zu große Zahl von Regelungen auf EU-Ebene hervorgebracht.

Ich glaube, dass u.a. auch die Lasten der Finanzierung, die im Gefolge der Erweiterung entstehen werden, neu definiert werden müssen. Damit hängt unmittelbar die Regelung der Stimmengewichtung in der EU zusammen.

Vielleicht wäre es sinnvoll, angesichts der bevorstehenden Erweiterung der Union die Zuständigkeit der EU-Organe neu zu definieren.

Wir vertreten jedenfalls klar die Meinung: Die Notwendigkeit, sich zu reformieren, gilt sowohl für Polen als auch für die Union selbst.

Wir sind für eine starke Union, aber auch für ein starkes Europäisches Parlament mit erweitertem Machtbereich. Unsere Beteiligung soll auch bei Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union gewährleistet sein.
Das Gleiche gilt für die ESVP, also die Verwirklichung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Polen wird die Konsequenzen akzeptieren, die sich aus dem Verzicht auf einen bestimmten Teil der nationalen Souveränität ergeben, als conditio sine qua non der EU-Mitgliedschaft und als Garantie für die Erfüllung seiner Pflichten. Dies wurde bereits u.a. in der polnischen Verfassung vom 2. April 1997 in Art. 90 Abs. 1 geregelt.

In den letzten Jahren wurden neue Paradigmen der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent entwickelt, als Antwort auf ethnische und ökonomische Konflikte, politische Destabilisierung, nationale Grenzen überschreitende organisierte Kriminalität, Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Zum ersten Mal in der polnischen Geschichte ist die Sicherheit des Landes aber nicht mehr direkt bedroht. Durch den Beitritt des Landes zur NATO wurde in grundsätzlicher Weise die geopolitische und geostrategische Lage Polens verändert.

Regelmäßig abgehaltene Umfragen zeigen, dass nach wie vor die Sicherheitsbedürfnisse auf der Rangliste der Wünsche und Erwartungen der polnischen Gesellschaft weit vorn rangieren.

Die öffentliche Unterstützung einer Mitgliedschaft Polens in der NATO lag nie unter 80 Prozent. Allerdings sank die Zustimmung zur Allianz nach dem Ausbruch des Kosovo-Konflikts und der militärischen Intervention der NATO auf 63 Prozent. Jetzt ist sie wieder höher und beträgt ca. 70 Prozent.

Auch die Stationierung der polnischen Einheiten im Kosovo im Rahmen der KFOR-Kräfte wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.

Unsere Aufgabe heute besteht darin, mit der NATO kompatible Konsultationssysteme und Entscheidungsverfahren weiterzuentwickeln.

Dies betrifft auch die Verteidigungsplanung, die in engem Zusammenhang mit der Anpassung der Verteidigungsinfrastruktur steht.

Polen hat die Fähigkeit zum Zusammenwirken mit den Kräften der Allianz (Interoperabilität) und eine entsprechende Standardisierung noch nicht vollständig erreicht.

Die trilaterale verteidigungspolitische und militärische Zusammenarbeit zwischen Polen, Deutschland und Dänemark wird dabei bestimmt eine sehr wichtige Rolle spielen. Am 28. Oktober 1997 hat die Bundesrepublik mit Polen und Dänemark die erste trinationale Partnerschaft des Heeres abgeschlossen.

Die Patenschaft wurde zwischen der 14. Panzergrenadierdivision Neubrandenburg, der dänischen Division Fredericia und der 12. Polnischen Mechanisierten Division Szczecin/Stettin geschlossen. Die Indienststellung dieses neuen trilateralen deutsch-dänisch-polnischen Korps Nord-Ost erfolgte am 18.09.1999.

Wir müssen auch darüber hinaus bestimmte Zeitfristen einhalten, um die eigenen Streitkräfte vollständig auf die NATO-Standards umzustellen. Diesen Prozess haben wir gerade erst begonnen. Ende 1999 wurde ein auf sechs Jahre angelegtes Programm (2001-2006) zur Umstrukturierung und Modernisierung der polnischen Armee verabschiedet. Es sieht Änderungen in den Bereichen Kader, Struktur sowie technische Modernisierung vor.

Das Programm selbst soll sicherstellen, dass sich die Umstrukturierung der polnischen Streitkräfte in voller Übereinstimmung mit der neuen sicherheitspolitischen Lage an den polnischen Grenzen und im europäischen Sicherheitsumfeld vollzieht.

Das Programm der Regierung sieht die schnelle Schaffung einer Berufsarmee vor, wobei der Schwerpunkt auf der territorialen Verteidigung des Landes liegt. Die polnischen Streitkräfte werden demnach aus zwei

Elementen bestehen: den operativen Kräften und den Kräften der Territorialverteidigung, wobei die operativen Kräfte vollständig in eine Berufsarmee umgewandelt werden sollen. Die polnische Verteidigungsdoktrin wird mit der der NATO synchronisiert und Teil der NATO-Doktrin werden.

Eine der derzeit diskutierten Optionen der polnischen Sicherheitsdoktrin ist die Reduzierung der polnischen Armee auf 150.000 Soldaten. Die polnischen Streitkräfte sollen im Falle einer Aggression fähig sein, regionale und begrenzte Konflikte selbstständig zu lösen und Verteidigungsoperationen im Rahmen der ersten Stufe operativ-strategischer NATO-Einsätze im Falle einer groß angelegten Aggression durchzuführen. Es wird ausdrücklich auch der Einsatz der polnischen Streitkräfte außerhalb des eigenen Territoriums im Falle der Verteidigung der Partnerländer befürwortet.

Polen übernimmt im Rahmen des Bündnisses die sog. NATO-Aufgaben, entsprechend der sektoral-territorialen Zuständigkeit seiner Streitkräfte in der Allianz. Die Teilnahme am Kosovo-Einsatz spiegelt diese Bereitschaft Warschaus wider.

Zu diesen Aufgaben gehören u. a.:
- Polen und seine Verbündeten zu verteidigen,
- einen Beitrag zu Frieden und Stabilität des euroatlantischen Raums zu leisten,
- den Weltfrieden und die internationale Sicherheit auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu fördern.

Die polnischen Streitkräfte tragen mit eigenen Mitteln und im Verbund mit den Partnern zur frühzeitigen Erkennung von Krisen bei und stellen zeitgerecht umfassende Informationen als Grundlage für politische und militärische Entscheidungen bereit.

Die polnischen Streitkräfte sollen militärische Einsätze vorrangig gemeinsam und multinational mit den Verbündeten durchführen.

Warschau baut - als seinen besonderen Beitrag zur Friedenssicherung - seine Kontakte zu den östlichen und südlichen Nachbarn weiter aus. In Durchführung des Militärabkommens mit Litauen und der Ukraine werden ein polnisch-litauisches und ein polnisch-ukrainisches Friedensbataillon eingerichtet. Mit der Ukraine sind wir eine strategische Partnerschaft eingegangen.

Polen gehört zu den wenigen Staaten der Welt, die bereits über umfangreiche Erfahrungen mit Friedenseinsätzen seiner Streitkräfte verfügen. Polnische Streitkräfte führten ihre Friedensoperationen bereits in Korea, Kambodscha, Angola, in der Bundesrepublik Jugoslawien, in Georgien, Irak/Kuwait, Kroatien, Libanon, Ruanda, Syrien, Tadschikistan und West-Sahara durch.

Wir möchten uns ebenso an allen Aktionen der NATO nach der neuen Doktrin, d.h. an der Gestaltung der neuen Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, beteiligen - nicht nur innerhalb Europas, sondern auch an der Peripherie der Allianz.

In Bosnien-Herzegowina beteiligte sich das 16. polnische Fallschirmjägerbataillon im Rahmen der Nordischen Brigade unter NATO-Befehl am IFOR-Einsatz, geführt von einem dänischen Brigade- und einem US-Divisionskommandeur. Im Kosovo beteiligen wir uns mit insgesamt 1350 Soldaten. Wir haben in unsere Einheit auch die ukrainischen und litauischen Soldaten aufgenommen.

Polen unterstützt die Bildung einer international konkurrenzfähigen gemeinsamen Rüstungsindustrie, in die sich alle europäischen Partner einbringen können. Ohne die Entstehung solcher Strukturen wird es schwierig sein, die ESVI- und ESVP-Konzepte richtig in die Praxis umzusetzen.

Meine Damen und Herren,

auf Grund seines Hoheitsgebiets, seiner Einwohnerzahl, der sich rasant entwickelnden Marktwirtschaft mit den größten Zuwachsraten in Europa kommt Polen in Mittelosteuropa eine bedeutende sicherheitspolitische und stabilisierende Rolle zu, die wir voll übernehmen wollen. Hierbei geht es darum, gemeinsam mit den NATO-Partnern, besonders mit Deutschland, eine polnische Ostpolitik und Nordostpolitik zu entwickeln, für die wir die ausgiebigen Erfahrungen mit "unserem Osten" der Allianz zur Verfügung stellen.

Durch seine geostrategische Lage ist Polen beinahe prädestiniert, eine entscheidende stabilisierende Rolle zwischen dem atlantischen Europa und den weiten Ebenen Osteuropas zu spielen. Wir haben mit Weißrussland, der Ukraine und Russland eine gemeinsame Grenze.

In Polen gibt es keine ethnischen Konflikte und es hat keine Grenzprobleme mit den Nachbarn. Mit allen seinen Nachbarn hat Warschau Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Die NATO ist für Warschau die erfolgreichste Verteidigungsstruktur der europäischen Geschichte sowie ein Katalysator der Integration im gesamten euro-atlantischen Raum.

In der Geschichte der Bündnisse sticht die NATO auch dadurch hervor, dass sie die Sicherheit sowohl im militärischen als auch im nichtmilitärischen Bereich gewährleistet und die Ausdehnung eines bestimmten Staats- und Gesellschaftssystems garantiert.

Durch ihre Beistandsklausel (Art. 5 des NATO-Vertrages) war die NATO während des Kalten Krieges ein wirksames Instrument der kollektiven Verteidigung und Abschreckung gegen jeden potentiellen Angreifer, und auch heute noch hat sie diese Funktion.

Wir werden entschieden für die Aufrechterhaltung der NATO-Fähigkeit eintreten, die in der Organisation der kollektiven Verteidigung besteht und

zudem durch die Bündnis-Solidarität der Mitglieder gewährleistet wird. Im Falle einer Aggression wird Polen auf der Grundlage der Artikel 4 und 5 des Washingtoner Vertrages entsprechend reagieren.

Auch die neue NATO wird garantiert durch die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa, die aus der Sicht Warschaus, aber auch Deutschlands, ein unentbehrlicher Faktor der Sicherheit und des Friedens in Europa und der Welt ist.

Im Laufe der Zeit wird Polens Mitgliedschaft in der NATO durch positive Anstöße zur weiteren Annäherung und Zusammenarbeit mit Russland beitragen, so, wie die Bestätigung der polnischen Westgrenze durch Deutschland dies so erfolgreich eingeleitet hatte. Wir wollen auf die Integration eines demokratischen Russland in Europa hinwirken.

Die Grundlage des Beitritts neuer Mitglieder war Artikel 10 des Washingtoner Vertrages vom 4. April 1949, der wie folgt lautet: "Die Parteien können durch einstimmigen Beschluss jeden anderen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen (...)". An dieser Stelle möchte ich unterstreichen, dass wir uns zu der Politik der offenen Türe in der Allianz bekennen, das heißt wir unterstützen das Bestreben der baltischen Staaten, der Slowakei, Sloweniens, Rumäniens und Bulgariens, Mitglieder der NATO zu werden.

Von seiner Tradition und seiner augenblicklichen geistigen und ökonomischen Verfassung her ist Polen nicht mehr und nicht minder integrationsfähig, als es Spanien, Portugal, Irland oder Bayern vor ihrer EU-Aufnahme gewesen sind.

Die Polen verdanken sehr viel ihrem nationalen Eigensinn, und die Oder-Neiße-Grenze ist nun einmal eine so scharfe konfessionelle Trennlinie, wie es sie in Europa, außer in Nordirland, nirgends mehr gibt. Hier katholische Polen, dort überwiegend Atheisten und ein letztes Häuflein ostdeutscher Protestanten.

Dies sieht auf den ersten Blick besorgniserregender aus, als es in Wirklichkeit ist. Denn was macht eigentlich die polnische Identität aus? Es sind Geschichte, Sprache, Religion, Armee, die Nationalfarben Weiß und Rot, der weiße Adler mit Goldkrone - und nichts davon will die EU den Polen wegnehmen.

Zwar erheben sich im katholisch-nationalen Lager Stimmen, die vor dem "Brüsseler Totalitarismus" warnen, doch mehrheitsfähig sind sie nicht. Gibt es solche Stimmen nicht auch hier in Deutschland?

Die Skeptiker im Westen meinen, dass Polen für die EU zu groß, zu arm, zu ländlich, zu katholisch, zu amerikafreundlich, zu nationalbewusst, zu graswurzelkapitalistisch sei und zu niedrige Löhne habe.

Solche Meinungen lassen außer Acht, dass die Osterweiterung nur gelingen wird, wenn sie von der EU als Chance gesehen und zum Anlass genommen wird, die ohnehin längst fälligen inneren Reformen endlich anzupacken.

Eine nicht funktionsfähige Union, die unter der Last der Osterweiterung zusammenbräche oder wegen Uneinigkeit ihrer Mitglieder nicht in der Lage wäre, innere Reformen durchzuziehen, hat für Polen keinen Wert, weswegen man sich in Warschau von vornherein keine Hoffnungen macht, einen EU-Beitritt zu Luxuskonditionen auszuhandeln.

Kein anderes bilaterales Verhältnis Warschaus wird durch die EU-Osterweiterung mehr tangiert als das Verhältnis Polens zu Deutschland.

Doch je näher der Beitritt rückt, umso öfter entpuppen sich in Detailfragen der Anwalt Deutschland und sein dankbarer Mandant Polen als echte Rivalen.

Nur jedem vierten Deutschen, so die Meinungsumfragen, sind die Polen in der EU willkommen. Deutsche Arbeitnehmer wittern vor allem Gefahren für Job und Geldbeutel. Wie wird sich ihre Angst auf die deutsche Politik in Sachen Osterweiterung auswirken?

Es gibt kein Klischee, dem die EU-Osterweiterung diesseits und jenseits von Oder und Neiße nicht zur Geltung verhelfen könnte. Wenn es darum geht, Ängste zu schüren, ist der Osten allemal gut zu gebrauchen, was sich am Beispiel der Einwanderung und der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU wohl am überzeugendsten belegen lässt.

Man spricht immer öfter in diesem Lande über die "neue Völkerwanderung" von Ost nach West im Falle der Osterweiterung der EU.

Inzwischen ist auch bekannt, dass die amtlichen deutschen Statistiken eine ganz andere Sprache sprechen. Beispielsweise ist Polen laut Statistik inzwischen, nach den USA, zum zweitliebsten Auswanderungsland der Deutschen aufgestiegen. (1996 gab es 7228 Umsiedlungen, 1997 waren es bereits 9000, 1998 noch mehr - "Die Woche").

Ich glaube, diese Leute wissen wohl, was sie tun. Schon heute ist die Arbeitslosigkeit in Polen entlang der Grenze zu Deutschland um die Hälfte niedriger als auf der deutschen Seite.

Dank konsequenter Reformen und schnell wachsender ausländischer Direktinvestitionen (seit 1990 ca. 40 Mrd. US-Dollar, mit Deutschland als dem größten Investor) bietet der heimische Arbeitsmarkt jungen Arbeitskräften mit besten Qualifikationen eine Fülle attraktiver Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die zu kommunistischen Zeiten enorme Auswanderungsquote unter den am besten qualifizierten jungen Arbeitskräften, die von Polen in die USA und nach Westeuropa gingen, ist dadurch praktisch auf Null gesunken.

Das eigentliche Problem sind nicht die künftigen Migranten, die für immer nach Deutschland kommen wollen, sondern pendelnde illegale und legale Saisonarbeiter, die Deutschland wieder verlassen werden.

Viel stärker noch als die Europäische Union von heute braucht die zu erweiternde künftige Gemeinschaft die kulturelle Verwurzelung. Mit der Erweiterung muss sich das künftige politische Europa gleichsam im

Schnellkurs in interkultureller Flexibilität üben, um sich dabei zu einem raschen Erfolg zu verurteilen.

Es kommen Traditionen, Weltbilder, Religionen und Sprachwelten einander nahe, die einander bislang unbekannt waren oder vor nicht allzu langer Zeit sogar feindlich gegenüberstanden.

Das künftige Europa muss sich auf eine Identität berufen können, auf die zu setzen für die nationalen Identitäten jedenfalls langfristig nicht Selbstverlust, Selbstverleugnung oder Selbstbetrug, sondern im Gegenteil Identitätsgewinn bedeuten kann und muss.

Die Stärke Europas lag immer in der Verschiedenheit seiner Kultur. Es kann auch heute nicht darum gehen, eine europäische Einheitskultur zu schaffen. Wohl aber geht es um die Stärkung einer als Gemeinschaft empfundenen kulturellen Identität über politische Grenzen hinweg. Nur so können wir das kreative Potential, das in Europas Vielfalt steckt, nutzen.

Europa hat eine neue Chance von der Geschichte bekommen, und es wäre der ungeschickteste, ja potentiell unglücklichste Weg, eine festgefügte, statische Struktur, ein "System" für uns alle in Europa zu schaffen, das der Vielfalt des Kontinents, den unterschiedlichen Voraussetzungen und Traditionen, Bedingungen und Möglichkeiten keinen Raum ließe.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geht es vielmehr um die Neuschaffung einer Staatsbürgerschaft, die es ermöglicht, gleichzeitig die Grenzen Europas zu demokratisieren, seine inneren Spaltungen zu überwinden und die Rolle der europäischen Nationen in der Welt völlig neu zu überdenken.

In Europa und für Europa geht es vor allem um die Verwirklichung eines Projekts der gesamteuropäischen Demokratisierung und des damit verbundenen wirtschaftlichen Aufbaus des gesamten Kontinents.

Was wir Europäer brauchen, ist die Erarbeitung eines klaren Konzeptes für das Zusammenwirken aller europäischen Demokratien. Das ist die

Mindestvoraussetzung für die langfristig gedachte zukünftige Einigung ganz Europas. Europa darf man nicht als einen geografischen Raum mit einer homogenen Identität verstehen.

Seine Eigenart besteht gerade darin, dass es praktische Erfahrungen und einen langen theoretischen Umgang mit einer Gegensätzlichkeit hat, wie es sie in keiner anderen Kultur in vergleichbarer Weise gibt. Die Stärke Europas ist seine Vielfältigkeit, Differenziertheit und Subsidiarität.

Rechtsextremismus ist keine deutsche Erfindung. Wie lange aber noch und wie viele Opfer des Rechtsextremismus müssen in diesem Lande noch beklagt werden, um zu begreifen, dass jedwede Art der Gewalt gegen hier lebende Ausländer - und auch gegen Deutsche mit einer anderen kulturellen Abstammung - dass also Rassismus pur nicht nur unmittelbar für diese Menschen eine Bedrohung darstellt.

Die Hinnahme dieses Tatbestandes unterminiert vielmehr vor allem die Fundamente der demokratischen Gesellschaft und das Gleichgewicht der inneren Sicherheit insgesamt.

Innerer Friede ist aber die Voraussetzung für eine ausgewogene Politik nach außen. Es geht hier um die demokratische Verantwortung Deutschlands in und für Europa.

Wir brauchen an der Grenze zu Polen vor allem ein innerlich versöhntes Deutschland. Die Entfremdung zwischen beiden Teilen des neuen Deutschland aber wächst. Der Präsident des Bundestages, Wolfgang Thierse, hat sicherlich mit Recht darauf hingewiesen, dass viele Ostdeutsche ein richtiges Leben im falschen System geführt haben und heute vielleicht den Wert demokratischer Freiheit erneut vergessen.

Eine große deutsche Nation, die sich ihrer sicher ist, fürchtet sich nicht vor einer Bedrohung durch Fremde, kann mit vollen Händen aus fremden Vorbildern schöpfen, ohne ihre unwiederholbare Eigenart und Schönheit zu verlieren.

Ein Verbot der NPD oder anderer rechtsradikaler und extremistischer Gruppierungen hier in Deutschland und in Europa kann geboten sein.

Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in den Köpfen kann man damit aber nicht vertreiben. Wir müssen das Bewusstsein der Menschen verändern. Gefordert ist auch die Verantwortung der Politiker, die unter keinen Umständen aus alltagspopulistischen Erwägungen diese Problematik benutzen dürfen, um hieraus für sich selbst und für die Parteien, die sie vertreten, politisches Kapital schlagen.

Wir sind alle gleich.

Wenn man andere angreift, greift man uns alle an.

Europa als werdende politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit braucht vor allem überzeugte Europäer.

Wislawa Szymborska, polnische Dichterin und Nobelpreisträgerin von 1996, warnte in Bezug auf den Einigungsprozess in Europa:

"Nichts kommt zweimal vor,
auch wenn es uns anders schiene.
Wir kommen unterminiert zur Welt
und sterben ohne Routine."

Dr. Krzysztof Miszczak

Biografische Hinweise

Miszczak, Krzysztof, Dr. phil., M.A.

Gesandter
Polnische Botschaft
Leiter der Außenstelle Köln

Geboren 1955 in Milanówek/Warschau (Polen). Studium der Politikwissenschaft, Journalistik, Neueren Geschichte, Philosophie und Sinologie in Warschau, London und München.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften der LMU München von 1988 bis 1991. Ab 1993 tätig am Institut für Politische Studien, Abteilung Europäische Sicherheitspolitik der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Ab 1995 im Polnischen Außenministerium. Seit 1996 verantwortlich für den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik an der Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland. Ab 17. Oktober 1998 Gesandter an der Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland. Ab 6. September 1999 Gesandter, Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Polen in Köln.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Fragen der europäischen, euroatlantischen, asiatischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Wachstum

Nach den Rückschlägen durch die Russlandkrise hat Polen in der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum zurückgefunden. Dabei bleibt vor allem die Binnennachfrage mit einer Erholung des privaten Verbrauchs und kräftigen Unternehmensinvestitionen der Motor der Wirtschaftsentwicklung. Hinzu kommen wichtige Impulse durch die internationale Konjunkturlage - allen voran von der Wachstumsbeschleunigung in Deutschland, dem wichtigsten Markt für polnische Exporte.

Das Bruttoinlandsprodukt Polens ist im vergangenen Jahr um 4,1 % gestiegen (1998: 4,8 %). Nach Einschätzung des Hauptamtes für Statistik (GUS) war das ein gelungenes Jahr, wenn man berücksichtigt, dass nicht alle äußere und innere Bedingungen gut für die polnische Wirtschaft 1999 waren. Die kräftige Konjunkturentwicklung wird sich in diesem Jahr fortsetzen: man erwartet ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 5,2 %. Das beschleunigte Tempo beim BIP-Wachstum im zweiten Halbjahr 1999 konnte sich leider nicht im polnischen Außenhandel durchschlagen: die Exporte fielen im Jahr 1999 um 2,9 % auf 27,4 Mrd. US-Dollar (1998: 28,3 Mrd. US-Dollar) und der Rückgang bei den Importen betrug 2,4 % auf 45,9 Mrd. US-Dollar (1998: 47,1 Mrd. US-Dollar); damit betrug das Außenhandelsdefizit 18,5 Mrd. US-Dollar nach 18,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 1998. Der polnische Außenhandel konzentriert sich vorwiegend auf die Märkte Europas: 3/4 der Umsätze entfallen auf die hoch entwickelten OECD-Länder, und etwa 67 % werden mit den Ländern der EU abgewickelt.

Arbeitsmarkt

Trotz der einsetzenden Konjunkturerholung ist am polnischen Arbeitsmarkt auch 2000 kein Aufschwung in Sicht. Seit dem zweiten Halbjahr

1998 steigt die Arbeitslosigkeit spürbar. Zum Jahresende 1999 lag die Arbeitslosenquote bei 13 % (Dezember 1998: 10,4 %), dies entspricht rund 2,3 Millionen Arbeitslosen. Die Ursache für diese negative Trendwende ist nur zum Teil in der Konjunkturabschwächung 1998/1999 zu sehen.
Ausschlaggebende Faktoren sind vor allem Strukturreformen, insbesondere in den Problembereichen Bergbau und Landwirtschaft, sowie Rationalisierungen und Fusionen in der Privatwirtschaft. Die Umsetzung weiterer überfälliger Reformen wird auch im kommenden Jahr zu einer Freisetzung vieler Arbeitskräfte führen, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs nur zum Teil kompensieren wird. Zum Jahresende 2000 geht man von einer Arbeitslosenquote von 11,5 % aus.

Inflation

Die Rückführung der Inflation wurde 1999 vorübergehend gestoppt. Hatte die Preissteigerungsrate im Februar 1999 mit 5,6 % (gemessen gegenüber dem Vorjahresmonat) noch den tiefsten Stand seit 1989 erreicht, so steigt sie seither wieder (auf 9,8 % im Dezember vergangenen Jahres). Die Prognosen gehen davon aus, dass Ende 2000 die Inflation 5,2 % erreichen soll.

Ausländische Direktinvestitionen

Nach Angaben der staatlichen Agentur für Auslandsinvestitionen (PAIZ) haben ausländische Unternehmen in Polen im vergangenen Jahr 8,3 Mrd. $ investiert. Damit stieg der Wert der seit 1990 kumulierten ausländischen Direktinvestitionen zum Jahreswechsel auf 38,9 Mrd. $. Der Zuwachs im vergangenen Jahr entspricht allerdings nicht ganz dem Rekordergebnis von 1998 mit 10,1 Mrd. $. Der leichte Rückgang geht vor allem auf die Russlandkrise und das schwächere Wachstum der polnischen Wirtschaft zurück. Dennoch zog Polen 1999 36 % aller in Mittel- und Osteuropa getätigten Direktinvestitionen an. Danach folgten Tschechien mit 17% und Ungarn mit 8 %.

Bei den Herkunftsländern rangiert Deutschland mit einem Bestand von 6,08 Mrd. $ weiter auf dem ersten Platz, vor den USA (5,15 Mrd. $), Frankreich (3,85 Mrd. $) und den Niederlanden (3,23 Mrd. $). Investiert wurde 1999 vor allem in die Produktion von Lebensmitteln, Fahrzeugen, Transportmitteln, Papier-, Chemie- und Elektroerzeugnissen, des Weiteren in Finanzen, Handel und Baudienstleistungen. Attraktiv für ausländische Investoren sind vor allem die Regionen um Warszawa (Warschau), Katowice (Kattowitz), Poznań (Posen), Wroclaw (Breslau), Gdánsk (Danzig), Łódź (Lodz) und Kraków (Krakau). Die PAIZ registriert inzwischen 799 ausländische Unternehmen, die jeweils mehr als 1 Mio. $ in Polen investiert haben. 16 % aller polnischen Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Firmen mit ausländischem Kapital, die nur etwa 2-3 % aller Unternehmen in Polen ausmachen, stellen knapp die Hälfte aller polnischer Exporte dar. Der Zufluss von Auslandskapital nach Polen soll im laufenden Jahr mit 10-12 Mrd. USD einen neuen Rekordwert erreichen. Umfangreiche Privatisierungsvorbahen, u.a. des Energiesektors, dürften weitere Investoren anlocken. Ein stärkeres Engagement wird von Japan erwartet, das sich bislang in Polen eher zurückhaltend zeigte.

Deutsch-polnische Zusammenarbeit 1999

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner Polens. Der Gesamtumsatz zwischen unseren beiden Ländern wuchs 1999 um 4 % auf 42,2 Mrd. DM (1998: 40,55 Mrd. DM). Der deutsche Export erreichte im vergangenen Jahr 24,16 Mrd. DM (auf dem gleichen Niveau wie 1998), der Import aus Polen in die Bundesrepublik wuchs auf 18 Mrd. DM (+10 %); der Negativsaldo zu Lasten Polens erreichte damit 6,15 Mrd. DM (1998: 7,67 Mrd. DM). Damit wickelt Polen mit der Bundesrepublik 31 % seiner Außenhandelsumsätze ab. Für Deutschland bleibt Polen seit 1995 der größte Handelspartner unter den mittelosteuropäischen Ländern (vor Tschechien und Ungarn). Der Anteil Polens an dem deutschen Gesamtimport betrug 1999 2,08% (1998: 2 %; 1997: 1,87 %) und an dem deutschen Gesamtexport 2,43 % (1998: 2,5 %; 1997: 2,3 %). Deutsche Importe aus Polen umfassen überwiegend Bekleidung, Möbel, Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge, Nahrungsmittel,

elektrotechnische und Holzerzeugnisse; deutsche Exporte nach Polen vorwiegend Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Vorerzeugnisse und Kraftfahrzeuge. Eine Besonderheit in den polnischen Exporten nach Deutschland ist der Export von Dienstleistungen. Jedes Jahr werden ca. 20 Tsd. Fachkräfte zur Durchführung von Werkverträgen in die BRD entsandt (in der letzten Zeit 14 Tsd.). Deutschland führt seit 1998 die Liste der ausländischen Investoren in Polen an - sowohl nach der Anzahl der Unternehmen als auch nach Investitionsvolumen. Nach Angaben der Staatlichen Agentur für Auslandsinvestitionen (PAIZ) haben deutsche Unternehmen 1999 kumuliert rund 6,08 Mrd $ in Polen investiert (ca. 10,4 Mrd. DM) und Investitionen für weitere 2,4 Mrd. $ angekündigt (ca. 4,6 Mrd. DM). Hinzu kommen noch zahlreiche kleinere Unternehmen und Joint Ventures, deren Kapital nicht in dieser Gesamtsumme erfasst ist (schätzungsweise 3 Mrd. DM). Allein im Jahr 1999 haben deutsche Firmen 960 Mio. $ in Polen investiert (ca. 1,76 Mrd. DM). Auch zahlenmäßig sind deutsche Firmen in Polen führend: man schätzt, dass 6.500-7.000 Unternehmen mit deutscher Beteiligung auf dem polnischen Markt tätig sind (die Gesamtzahl der Firmen mit ausländischem Kapital beträgt über 40.000).

Polen und die Europäische Union

Die polnische Regierung hat bis Dezember 1999 Verhandlungspositionen in allen 31 Kapiteln vorgelegt (das sind u.a.: Wissenschaft und Forschung, Bildung, Erziehung und Jugend, Kultur und audiovisuelle Politik, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Telekommunikation und Informationstechnologien, Industriepolitik, kleine und mittlere Unternehmen, Verbraucherschutz und Gesundheit, Wettbewerbspolitik, Wirtschafts- und Währungsunion, Freier Warenverkehr, Freier Verkehr von Dienstleistungen, Freier Verkehr von Kapital, Landwirtschaft). Bislang wurden die Verhandlungen in 23 Kapiteln eröffnet, in neun Kapiteln sind die Gespräche abgeschlossen. Aus polnischer Sicht wird ein Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2000 und der Beitrittsvorbereitungen bis Ende 2002 angestrebt, um 2003 "beitrittsfähig" zu sein. Nachdem die Verhandlungen bislang zügig vorangeschritten sind, ist die Zielgerade nun noch ein weiter Weg. Je näher der Beitritt rückt, desto größer wird der

Diskussionsbedarf. Die Vorbereitungen für die Gespräche über besonders sensible Bereiche wie die Freizügigkeit von Personen, Umweltschutz, Regionalpolitik und Landwirtschaft haben gerade erst begonnen. Im Vorgriff auf die Verhandlungen besteht Polen auf einer vollständigen Einbeziehung seiner Landwirtschaft in das EU-Subventionssystem sofort nach dem Beitritt zur EU. Die Europäische Kommission wiederum klammert in den vorliegenden Entwürfen der Empfehlungen für eine gemeinsame Verhandlungsposition der EU die Kernfrage, ob und wann die Bauern in den Bewerberstaaten Zugang zu den direkten Beihilfen der Agrarpolitik bekommen sollen, noch aus. Nicht weniger heikel sind die deutschen und österreichischen Forderungen nach langjährigen Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen aus den künftigen Mitgliedstaaten. In vielen Grenzregionen wächst die Furcht, dass der schärfere Wettbewerb und viele Arbeit suchende Mittel- und Osteuropäer die Erwerbslosigkeit noch weiter in die Höhe treiben könnten.

Die Ergebnisse der Wirtschaft Polens im ersten Halbjahr 2000

In den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres hat sich die positive Tendenz aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres behauptet. Nach Schätzungen des polnischen Hauptamtes für Statistik (GUS) wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres um 6% im Jahresvergleich (erste Jahreshälfte 1999: 2,3%). Dieses Wachstum des BIP führt man auf die guten Ergebnisse der Industrie (ein Zuwachs von 10,2% im Jahresvergleich) und des Dienstleistungssektors (ein Plus von 6,2%) sowie die Verbesserung der Koniunktur in den EU-Staaten. Der polnische Export wuchs in diesem Zeitraum um 11,9% und der Import um 9,7%. Die guten Ergebnisse dieses Jahres trübt jedoch die wieder nach vielen Jahren steigende Inflation: sie betrug nach den ersten 6 Monaten d. J. 10,1% im Vergleich zum ersten Halbjahr 1999. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch verschlechtert: Ende Juni d.J. betrug die Arbeitslosigkeit 2,44 Mio. (um 364 Tsd. mehr als vor einem Jahr); die Arbeitslosenquote lag damit bei 13,5% (1,9% höher als vor einem Jahr).

Andrzej Juszczak
Handelsattaché